

# REPORTING BEREICHS- UND ZWECKGEWIDMETE SPENDEN

## ÖSTERREICH FONDS



© Christopher Glanzl

### Überblick

Der Österreich Fonds von Amnesty International wurde 2018 zur Verstärkung der Menschenrechtsarbeit in Österreich ins Leben gerufen. Hintergrund war, dass immer öfter menschenrechtliche Errungenschaften in Österreich in Frage gestellt, Menschenrechte wie selbstverständlich missachtet und immer mehr Menschen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden. Still, heimlich und doch hochoffiziell.

5.000 Unterstützer\*innen beziehen seit 2018 klar Position und setzen sich für gleiche Chancen und gleiche Rechte ein, indem sie zweckgewidmet unsere Menschenrechtsarbeit in Österreich fördern.

Mit Ihrer Unterstützung werden Beratung, Lobbying und Austausch mit Entscheidungsträger\*innen aus unterschiedlichsten politischen Richtungen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zu menschenrechtlichen Herausforderungen, wie beispielsweise zum Thema Wohnen ist ein Menschenrecht, möglich. Mit laufenden menschenrechtlich fundierten Analysen, Berichten und Stellungnahmen sind wir eine klare, laute und unbeirrbar Stimme für ein Österreich der Menschenrechte.



**Sie ermöglichen unsere verstärkte Menschenrechtsarbeit in Österreich! Vielen Dank!**

#### **MITTELHERKUNFT**

Zweckgewidmete Spenden "Österreich Fonds"	54.247,96 €
Zuführung aus allgemeinen Spendenmitteln	213.022,63 €
<b>GESAMT</b>	<b>267.270,59 €</b>

#### **MITTELVERWENDUNG\***

Advocacy & Policy	34.408,97 €
Wohnen ist (d)ein Menschenrecht	86.582,77 €
24 Stunden Unverzichtbar: Faire Arbeit für Betreuer*innen	80.801,67 €
Protect the Protest - Demo-Guide	29.225,64 €
Korruption und Menschenrechte	36.251,54 €
<b>GESAMT</b>	<b>267.270,59 €</b>

*\* beinhaltet jeweils Personalkosten & Sachkosten, Kosten für Fundraising sind nicht enthalten*

## **Unsere Arbeit in Österreich 2022**

- <https://www.amnesty.at/presse/wohnungs-und-obdachlosigkeit-in-oesterreich-waere-wohnen-ein-menschenrecht-dann-wuerde-ich-so-nicht-wohnen/>
- <https://www.amnesty.at/news-events/mehr-schutz-fuer-24h-betreuer-innen-petitionsuebergabe-an-sozialminister-rauch/>
- <https://www.amnesty.at/presse/klimakrise-bedroht-die-gesundheit-von-menschen-in-der-obdachlosigkeit-in-oesterreich/>
- <https://www.amnesty.at/news-events/polizeigewalt-in-oesterreich-warum-sie-meist-folgenlos-fuer-die-taeter-innen-bleibt/>
- <https://www.amnesty.at/news-events/offener-brief-amnesty-und-acht-weitere-organisation-fordern-reform-des-bestellverfahrens-der-volksanwaltschaft/>
- <https://www.amnesty.at/themen/wie-korruption-deine-menschenrechte-bedroht/>
- <https://www.amnesty.at/themen/amnesty-demo-guide-zur-versammlungsfreiheit/>
- 

## **Ausblick**

In **Österreich** gibt es menschenrechtlich noch sehr viel zu tun.

So zählen die Rechte auf faire Arbeitsbedingungen, auf Bildung, auf Gesundheit, auf angemessenes Wohnen und das Recht auf soziale Sicherheit zu den **wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten**, die in Österreich noch nicht wirksam ins nationale Recht umgesetzt worden sind. Das Recht von jedem Menschen auf soziale Sicherheit bedeutet, dass der Staat Maßnahmen setzen muss, die es dem Einzelnen ermöglichen in den Genuss der für seine\*ihre Würde die freie Entwicklung seiner\*ihrer Persönlichkeit unentbehrlichen Rechte zu gelangen.



Ein weiterhin sehr großes Thema ist [das Recht auf Soziale Sicherheit](#). Seit 1. Juni 2019 gilt in Österreich ein neues „**Sozialhilfe-Grundsatzgesetz**“. Grundsätzlich stellen die Sozialhilfe bzw. die Mindestsicherung das unterste Auffangnetz für die Menschen in Österreich dar. Es soll gerade jene Menschen unterstützen, die ihre existentiellen Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Wohnen, Schutz im Krankheitsfall) nicht oder nicht ausreichend durch Eigenmittel sichern können. Damit soll die Sozialhilfe gerade das Ziel haben Menschen ein **Leben in Würde** ermöglichen.

Doch das Gesetz kommt diesem Zweck nicht mehr nach bzw. zielt es gar nicht mehr ausdrücklich auf Armutsvermeidung ab. Insbesondere sind die im Grundsatzgesetz verankerten Höchstsätze aus menschenrechtlicher Sicht problematisch, vor allem, weil sie auch unter der **Armutsgefährdungsschwelle liegen**.

[Gerade die aktuellen Teuerungen und auch die nachwirkenden Folgen der Pandemie führen dazu, dass viele Menschen, die bereits davor schon zu wenig zum Leben oder Wohnen hatten, noch stärker davon betroffen sind.](#)

**Es gibt also auch im kommenden Jahr viel für uns zu tun: Wir werden die Menschenrechtslage in Österreich beobachten, analysieren und Schritte zum Schutz der Menschenrechte setzen!**

**DANKE FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!**

